

Rochmals Beamtenfragen und Bevölkerungspolitik

In Nr. 333 haben wir eine Justizfrist und Beamtenkreisen wieder über Beamtenfragen und Bevölkerungspolitik die zwei Erwiderungen (Nr. 342 und 354) hervorrief. Daraus entnommen nun der Verfasser des ersten Aufsatzes in folgendem. (Leider war in seinem ersten Aufsatz ein Satz ausgesunken, aus dem besonders hervorging, daß er als erste Voraussetzung einer Differenzierung der Gehälter selbstverständlich ihre Erhöhung gegenüber dem jetzigen Stande forderte. Die Schriftsteller)

Der Herr Verfasser der in Nr. 342 des „L.T.“ veröffentlichten Entgegning auf die Justizfrist unter obigem Thème in Nr. 333 beginnt seine Erwiderung mit dem Satze: „Junctisch ist es ein Unding, Bevölkerungspolitik einzugriffen und allein innerhalb des großen Komplexes der Beamtenfragen überhaupt zu treiben, weil es ein Begriff ist, der alle Volkschichten, gleichviel welchen Standes, eine gleich große Bedeutung hat.“ Trotz dieser Einleitung zeigt er dann aber in weitesten Punkten Übereinstimmung mit dem Grundgedanken des ersten Aufsatzes, daß sofernmaßliche materielle Befreiungen für das Beamtenamt und die Allgemeinheit die bevölkerungspolitisch mögliche Voraussetzung sind. Soweit deneben Meinungsverschiedenheiten bestehen, dürften vielleicht die nachstehenden kurzen Bemerkungen sie zu beheben vermögen.

Junctisch ist die praktische Bevölkerungspolitik selbstverständlich nicht etwas, was auf den — trotz der Hunderttausende Bahn-, Post-, Steuer-, Kommunalbeamten! — doch selbst in Deutschland nur einen Bruchteil der Bevölkerung darstellenden Kreis der Beamten und staatlichen Angestellten, wenn auch in weitestem Sinne, zu beschränken ist. Der Aufschluß in Nr. 333 ist dies aber auch in keiner Weise. Im Gegenteil weiß er wiederholt darauf hin, daß bevölkerungspolitisch bedeckende Befreiungen für diesen am sich begrenzten Teil der Bevölkerung gerade deshalb von solchen Werken sollen, weil durch Nachahmung andererseits durch Rückkehr jahrzehntiger jüngerer Angestellten ins freie Wirtschaftsleben nach dem Kriege anderseits solche Maßnahmen gerade in Deutschland und gerade jetzt auf weit größere Schichten der Bevölkerung als auf die Beamten und Staatsarbeiter wirken müssen. Und das ist in der Tat höchstwichtig. Jährlinge materielle Befreiung des kinderreichen Familienalters muß aber von Staat oder Gemeinde ausgehen, denn diese haben weit umfassbares stärkste bevölkerungspolitische Interessen als der Privatunternehmer. Der so entwickelte Familiengesellschaftsstaat in Deutschland im Verein mit den hier besonders umfangreichen Staats- und Reichsbetrieben geben auch die Gewöhn, daß die nichtpreisbaren Arbeitgeber in der Lage seien, allgemein fühlbar zu bestimmen, wann sie nur der langsame Erkenntnis der Notwendigkeit bzw. nun schnell die entsprechenden Lizenzen folgen lassen.

Dabei aber würde eine Stoffteilung der Einkommen etwa mit 65 Prozent des künftigen Normalgehaltes des verhältnismäßig Beamten als Gehalt des untersteuerten Beamten und mit 175 Prozent dieses Gehalts für den Beamten mit sechs zu unterhaltenden Kindern doch wohl wahnsinnig die auch von dem Herrn Kritiker erfreute Wirkung der ausstehenden finanziellen Befreiung des kinderreichen Alters haben, als noch so weitgehende Steuerprivilegien. Solche würken jedem recht leicht ab. Dafür sie steuertechnisch bei den indirekten Steuern durchgeführt werden können, bezweifelt offenbar auch er, indem er zu diesem Zwecke gleichfalls Zulagen vorschlägt. Immerhin mögen sie, soweit danach nur möglich, ausgeboten werden; jüngst sind sie werlos. Ebenso änderte der Wegfall des Schulgeldes nicht grundlegend die Finanzlage des Beamten mit Kindern. Denn das beträchtliche Schulgeld für höhere Schulen würde ja nur unter bedenklichster Gefahr der Herauszugung eines, durchaus keine Auslese besonders Begabter darstellenden, Gelehrtenproletariats unterschiedlos und in weiterem Umfang wegfallen können. Mit dieser Einschränkung ist der Gedanke zweckmäßig. Daß jedoch die Befreiungsordnungen in der Richtung verbessert werden müssen, daß die höheren Gehaltsklassen mehr früher erreicht werden, ist eine mit Recht immer wieder erhobene Forderung. Die Ersparnisse des Fiskus durch Nicht- oder Unterbefreiung seiner Anwärter aller Art oft bis zu ihrem 36. oder 38. Jahre helfen dem Staat jahraus, jahrein das Viejsache an in Kapital ausgedrückter menschlicher Arbeitskraft durch anstehende Geburten. Nur die immateriellen Nachteile für die Befreiungen und die Allgemeinheit soll hier gar nicht eingegangen werden.

Selbstverständlich ist Wohnung- und Bodenreform gleichfalls wesentlich. Aber wer wollte ernstlich bestreiten, daß eine kräftige bevölkerungspolitisch geregelte Stoffteilung der Gehälter und überhaupt des Berufskommens möglichst breiter Volkschichten wesentlich wichtiger sein muß, als ohne sie die Wohnungsreformer es, abgesehen von engen Sonderkreisen, zumal für die langen Jahre nach dem Kriege tun können, in denen die Baukosten im allgemeinen noch weit, weit über den Fleißbemühungskosten liegen werden. Außerdem wird das Neubaubedürfnis jürgt stark überschätzt. Beträgt doch z. B. die Zahl der Kriegsgetreuten nicht annähernd so viel wie die der seit vier Jahren Gefallenen, Gefrorenen und Nichtgeborenen, sondern nur etwa ein Viertel bis ein Drittel davon. Und auch eine umfassende praktische, das ganze öffentliche Leben und damit auch noch und noch das wirtschaftliche Leben durchdringende, nicht bei Schönern Redensarten verharrende bevölkerungspolitische Grundausbildung ist weit mehr wert als der Herr Opponent für möglich zu halten scheint. Es lag schon Weisheit in jener widerstreitenden Ansicht älterer Rechte, daß nur der Verbrechene, nur der Familienvater auch im öffentlichen Leben der Bürger ohne jede Einschränkung sei. Er bewährt in der Tat nicht nur eine sozialistische Sonderfähigkeit, sondern er eignet sich im krisialen wie im höchsten Sturm manche Sonderkenntnis wirtschaftlicher wie geistiger Art an.

Wenn äußere, wenn wirtschaftliche Fragen stark in den Vordergrund der Erörterungen gestellt sind, einleitig Stark fast so geschöpft es, weil sie in unserem praktischen Staatsleben für das Bevölkerungsproblem sehr, sehr stark vernachlässigt werden. Auch der Sonderanschluß für Bevölkerungspolitik im Reichstage glaubt zunächst mit drei Gesetzestexten über empfindungsverhindernde Mittel, über Anzeigepflicht sexuellen Leidens und über Verhinderung von Abtreibungen helfen zu sollen und zu können. Noch 1891 befugt die Zahl der Geborenen in Leipzig 14 700. 1914, also ohne daß der Krieg sie schon verhindert haben könnte, befugt sie noch 12 816. 1891 befugt Leipzig 330 902 Einwohner, 1914 aber 825 845. Wer aber glaubt denn, daß der Rückgang der Geburten in diesen 23 Jahren von 42 auf 1000 Einwohner bis herab auf 22, oder — anders ausgedrückt — das Ausfall von etwa 12 000 Geburten in einem Jahr in einer Stadt wie Leipzig, mehr durch jene Umstände herbeigeführt ist, als durch die schematische wissenschaftliche Gleichstellung des Junggesellen und des Familienvaters mit 3 oder 7 Kindern? Der Staat wenigstens hätte vorbildlich sein müssen, wenn er wohl schon längst brechen sollte. Als Arbeitgeber des Kleinbürgers des Beamten und Staatsarbeiter hatte er schon immer die Möglichkeit dazu in weiterem Umfang. Möge er nunmehr bald bessern.

In der Entgegning in Nr. 334 ist nicht viel zu bemerken. Es ist nicht recht klar, warum der Herr Verfasser Maßnahmen entgegenseitig, so wenigstens für den Personenkreis einmal Befreiungen herbeizuführen geeignet sind, das, wie zweifellos die staatlichen und verwandten Beamten und Angehörigen, also kurz fast alle Festbehördeten — obgleich oft schon in Friedenszeiten —, unter dem gleichförmigen Schematismus eine einheitliche Entlohnung ganz besonders litt. Möchte er doch selbst nicht, daß der Beamtenberuf „so reich an Verpflichtungen, aber so arm an solchen Dingen sei, die nur einmal zur Teilnahme am Kulturbüro der Gegenwart die Voraussetzung bilden“, also an materiellem Entgelt. Denn sieht die Junggesellen unter den älteren Beamten, denen der Herr Verfasser fast anzugehören scheint, hätten ja von den angeregten Maßnahmen höchstens relativ, nicht aber absolut einen Nachteil. Denn eine Herausbildung ihrer jetzigen einschlägigen Bezüge hätte ja nicht in Betracht. Die Reform in bevölkerungspolitischer Hinsicht würde sich vielmehr gerade nach Auseinanderzuziehen im Rahmen der allgemein für wenig erklärten Befreiungsformen vollziehen in der Weise, daß die Gehälter der verbreiteten Beamten um etwa 35, 50, 60 Prozent zun. je nachdem ja keine, ein, zwei Kinder usw. hätten,

gegenüber dem jetzigen einschlägigen Gehalte aufzubessert würden, das ungefähr das Gehalt des heutigen Junggesellen blieb. Dazu, d. h. zu bevölkerungspolitischer Abstufung der Gehälter, müßte übrigens eigentlich gerade im Gegensatz zu den Löhnen und Einkommen des freien Arbeitsmarktes schon längst die Tatsache geführt haben, daß das Dienstgehalt nicht die Gehaltsentwicklung für die geleisteten Dienstleistungen soll, sondern den standesgemäßen Unterhalt für das Beamten und seine Familie. Seltsam, daß diese noch jetzt allgemein herrschende Anschauung des deutschen Staatsrechtes im kaum Nasabestand Folgerung geführt hat.

Das Eingreifen Japans

Zürich, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Schweizer Blätter berichten: Über die Frage der japanischen Intervention in Sibirien wird den „Times“ aus Tokio gemeldet: Nach den bekanntesten Blättern soll noch der Widerstand einiger Politiker sowohl der bestehenden Russisch in einschlägigen Angelegenheiten als auch das Kabinett sich über die Notwendigkeit des Eingreifens in Sibirien einsetzen. Die parlamentarische Opposition gegen diesen Regierungsbeschluß ist aber trotzdem noch sehr möglich.

Zürich, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die neue Zürcher Zeitung meldet von der italienischen Grenze: „Kontakte della Sera“ berichten: Über die Frage der japanischen Intervention in Sibirien wird den „Times“ aus Tokio gemeldet: Nach den bestehenden Blättern soll noch der Widerstand einiger Politiker sowohl der bestehenden Russisch in einschlägigen Angelegenheiten als auch das Kabinett sich über die Notwendigkeit des Eingreifens in Sibirien einsetzen. Die parlamentarische Opposition gegen diesen Regierungsbeschluß ist aber trotzdem noch sehr möglich.

Basel, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Den „Basler Nachrichten“ zufolge meldet das ukrainische Bureau aus Kiew: Englisches

Reichsamt und russische Truppen haben die Stadt Petropawlowsk am Onega-See eingenommen. Das japanische Geschwader, welches drei Kreuzer und zwei Kreuzer umfaßt, befindet sich noch in Vladivostok. Die österreichische und japanische Truppen haben Sichtlinie am Basellsee passiert und marschieren gegen Westen.

Schweizer Grenze, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Petit Parisien meldet: Der japanische Botschafter in Paris hat der französischen Regierung die Annahme des Willsons Programms für Sibirien durch Japan mitgeteilt. Das Botschaftsprotokoll weiß weiter: Es handelt sich zunächst um eine gemeinsame Mission der Regierungen von Washington und Tokio zur Unterstützung der Tschechoslowaken und zu ihrer Vertreibung gegen deutsche Angreife. Wie nicht anders zu erwarten war, lehnt die gesamte Petit Parisien ein Ersuchen zu der Wiedergabe von Nachrichten über Truppenverschiebungen ab. Das Ministerium hat die für die Truppenverschiebung notwendigen finanziellen Maßnahmen getroffen.

Genf, 29. Juli. (Drahtbericht.) Nach einer Meldung des Petit Parisien“ hat der japanische Minister in Paris, Matsumi, die französische Regierung die japanische Zustimmung zu Willsons Aktionsprogramm bestätigt.

Hoag, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Der Manchester Guardian berichtet in einem Leitartikel mit der beschlossenen Intervention in Russland. Er meint, bereit man nicht militärische Beweise in Händen habe, werde man gut tun, allen Gerichten zu misstrauen, so z. B. auch denjenigen Gerichten, die Wilson sich zur militärischen Intervention bekehrt habe. Vielleicht sei nur eine wirtschaftliche Hilfe beabsichtigt.

Letzte Drahtnachrichten

Die Männer verweigern die Gestellung

© Berlin, 29. Juli. (Drahtbericht unserer Berliner Schriffließung.) Nach einer Meldung aus Helsingfors haben die von der finnischen Regierung auf den Landschaften in einigen einberufenen fünf Jahrgänge sich geweigert, dem Eingliederungsbefehl Folge zu leisten mit der Begründung, die Einberufung erfolge nicht in Übereinstimmung mit dem Wehrgebet. Die finnische Presse verurteilt scharf dieses Vorgehen.

Aus dem Malvin-Prozeß

Genf, 29. Juli. (Drahtbericht.) Am Sonnabend wurde im Malvin-Prozeß der ehemalige Kabinettschef Malvin Lomax verurteilt. Er protestierte gegen seine Verurteilung im Duvel-Prozeß. Weder seine Aussagen, noch die anderen Befragten zeugen brachten irgendwelchen Schuld beweis. Die Zeugenaussagen beschäftigten sich ausschließlich mit der Jänkerlei verschiedener Polizeiorgane.

Wegen Spionage verurteilt

Gent, 29. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Das Kriegsgericht von Montpellier hat den 32 Jahre alten Soldaten Vezian wegen Fahnenflucht zu zehn Jahren Zuchthaus und wegen Einvernehmen mit dem Feinde zum Tode verurteilt. Vezian, der im August 1916 während der Kämpfe an der Somme plötzlich verschwunden war, soll Ende Oktober 1917 und Anfang 1918 in Barcelona Bezeugungen zum deutschen Botschafts- und zum deutschen Nachrichtendienst unterhalten haben. Der Aufstand der Tibeter unterhielt den Botschafter ebenfalls nicht mit Spiel und segeln und Tore gingen endlos gegen, barunter einige Gangs und Kapitäne. Das gesamte Unternehmen war infolge geringer Vorberührung gleich. Das Bildhülle des Spionages ist in den Peinlichkeiten, die Gen. 14 durch ihnen über Sardaigne und Gen. 3, die 6 mit 2:1 gelöscht hatte, zusammengefaßt. In der ersten Schilder hatten die Soldaten nicht mit Spiel und segeln und Tore gingen endlos gegen, barunter einige Gangs und Kapitäne. Das gesamte Unternehmen war infolge geringer Vorberührung gleich. Das Bildhülle des Spionages ist in den Peinlichkeiten, die Gen. 14 durch ihnen über Sardaigne und Gen. 3, die 6 mit 2:1 gelöscht hatte, zusammengefaßt. In der ersten Schilder hatten die Soldaten nicht mit Spiel und segeln und Tore gingen endlos gegen, barunter einige Gangs und Kapitäne. Das gesamte Unternehmen war infolge geringer Vorberührung gleich. Das Bildhülle des Spionages ist in den Peinlichkeiten, die Gen. 14 durch ihnen über Sardaigne und Gen. 3, die 6 mit 2:1 gelöscht hatte, zusammengefaßt. In der ersten Schilder hatten die Soldaten nicht mit Spiel und segeln und Tore gingen endlos gegen, barunter einige Gangs und Kapitäne. Das gesamte Unternehmen war infolge geringer Vorberührung gleich. Das Bildhülle des Spionages ist in den Peinlichkeiten, die Gen. 14 durch ihnen über Sardaigne und Gen. 3, die 6 mit 2:1 gelöscht hatte, zusammengefaßt.

Der Aufstand der Tibeter

Hoag, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) „Times“ berichten aus Schanghai vom 24. Juli: In Briten, die aus der chinesischen Provinz Schiechuan eintrafen, wird mitgeteilt, daß Chando in Tibet durch Hunger gezwungen wurde, sich den Tibeten zu ergeben. Der Ort wurde drei Monate lang belagert. Außer 700 Gefangenen umfaßt die Beute 100 Gewehre und ein Geschütz. Die Tibeter befreiten sich mit drei Gelehrten über die Gefahr, daß Chando sie durch die britische Regierung noch nicht erkannt habe. Nachdem sie aus dem Lande waren, wurden sie von den Briten vertrieben. Das gesamte Unternehmen war infolge geringer Vorberührung gleich. Das Bildhülle des Spionages ist in den Peinlichkeiten, die Gen. 14 durch ihnen über Sardaigne und Gen. 3, die 6 mit 2:1 gelöscht hatte, zusammengefaßt. In der ersten Schilder hatten die Soldaten nicht mit Spiel und segeln und Tore gingen endlos gegen, barunter einige Gangs und Kapitäne. Das gesamte Unternehmen war infolge geringer Vorberührung gleich. Das Bildhülle des Spionages ist in den Peinlichkeiten, die Gen. 14 durch ihnen über Sardaigne und Gen. 3, die 6 mit 2:1 gelöscht hatte, zusammengefaßt. In der ersten Schilder hatten die Soldaten nicht mit Spiel und segeln und Tore gingen endlos gegen, barunter einige Gangs und Kapitäne. Das gesamte Unternehmen war infolge geringer Vorberührung gleich. Das Bildhülle des Spionages ist in den Peinlichkeiten, die Gen. 14 durch ihnen über Sardaigne und Gen. 3, die 6 mit 2:1 gelöscht hatte, zusammengefaßt.

Landesverteidigungsministerium in Holland

Hoag, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) In gut informierten Militär- und Marineteilen verlaufen, daß an Stelle der bisher geteilten holländischen Ministerien für Heer und Marine ein gemeinsames Landesverteidigungsministerium errichtet werden soll.

Hugo von Hoffmannsthals Burgtheaterdirektor?

Wien, 29. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie das „Montagsblatt“ mitteilt, ist man in eingeweihten Kreisen der Ansicht, daß der Wiener Dichter Hugo von Hoffmannsthal die größten Chancen hat, an die Spitze der Burgbühne gestellt zu werden. Man hält ihn für den künstlerisch brillantesten.

Frankischer Bericht vom 28. Juli abends. Rößlich der Marne legten unsere Truppen ihren Vormarsch in der Ourcq-Gegend fort. Trotz des Widerstandes des Feindes, der sich bemühte, den Uebertog über den Fluss zu verhindern, gelang es uns, nach gehobenen Truppen auf das Nordufer zu werfen. Wir drangen in Ferri-en-Lardinois ein. Im Nordwesten des Ris-Waldes erreichten wir Compois. Auf unserem rechten Flügel nahmen die Truppen Antenay, Olizy und Vilaineux und näherten sich der Straße Linie Reims-Dommartin. In der Gegend der Berge, denen Geschütze vorstanden, abzweigen.

Letzte Handelsnachrichten

Bochum, 28. Juli. In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates des Bochumer Vereins für Bergbau und Gußstahlfabrikation wurde beschlossen, einer auf das 3. September 1918 nachmittags nach Bochum einzuherrschenden außerordentlichen General-

versammlung die Erhöhung des Aktienkapitals um 12 Millionen Mark auf 57 Mill. Mark vorzuschlagen. Die neu auszugebenden Aktien sollen an der Dividende für 1918/19 voll teilnehmen. Sie dienen zum Erwerb der Kuxe der Gewerkschaft Friedrich der Große. Die Gesellschaft Friedrich der Große nom. 12.000 Mark Aktien auszüglich 9000 Mark in bar, wobei die Ausbeute für das zweite Semester 1918 in vereinbarter Höhe von 1000 Mark je Kux dem seitherigen Besitzer verbleibt. Der über die Aktien hinaus zu auszahlende Betrag von 9000 Mark je Kux wird aus den Betriebserlösen der Gesellschaft an die Gewerkschaften auf die Grubenversammlung des Uebergangs des Bergwerkseigentums auf den Bochumer Verein nicht mit der erforderlichen Mehrheit beschließt. Angesichts der Ausfehlung, welche die Erzeugung des Bochumer Vereins in den letzten Jahren genommen hat, und mit Rücksicht auf die Zukunft des Unternehmens, halten Vorstand und Verwaltungsrat der Gesellschaft eine Erweiterung der Kohlengrundlage für notwendig. Die gewählte Zeche entspricht mit Rücksicht auf die Beschaffbarkeit der Kohle und die günstige Lage zur markt-chindischen dem Bochumer Verein bereits gehörenden Zeche Teutoburgia und im Hinblick auf die günstige Fruchtage allen Anforderungen, welche die Gesellschaft an eine solche Erweiterung stellen muß. Das vorherige Ergebnis und der heutige Stand der technischen Einrichtungen sowie die guten Ausichten, welche die Lagerungsverhältnisse der Zeche Friedrich der Große bieten, lassen im Verein mit den Vorteilen, die ihm durch die Angliederung an den Bochumer Verein, und die dadurch zu erreichende Hüttenzweigsgemeinschaft erwachsen werden, eine angemessene Versetzung des aufzuwendenden Kaufpreises erwarten. Der Grubenverein stand die Gewerkschaft Friedrich der Große auf eine breitere Grundlage gestellt wird, an deren Vorteilen auch die Gewerken in ihrer Eigenschaft als zukünftige Aktionäre des Bochumer Vereins dauernd teilnehmen. Auch vom finanziellen Standpunkt aus betrachtet der Grubenverein das Angebot als durchaus angemessen. Der Grubenverein hat sich mit seinen Freuden für das Angebot entschieden und ist damit die Annahme des Gebotes gesichert.

Sport und Spiel

Militär-Sportfest der Feuerwehr

Die Truppenteile des 18. B.-B. Feuerwehr 8 feierte, 3. Meile, 4. Runde und 4. Meile 8. Ringer. Von 14 bis 16 Minuten die Feuerwehr-Verein.

Der Wettbewerb findet auch in 4. Meile statt: männliche Verbindung zu jedem 100 Meter 1000 Meter. Die Wettbewerbe bestehen aus: 1. Rennlauf, 2. Rennlauf, 3. Rennlauf, 4. Rennlauf, 5. Rennlauf, 6. Rennlauf, 7. Rennlauf, 8. Rennlauf, 9. Rennlauf, 10. Rennlauf, 11. Rennlauf, 12. Rennlauf, 13. Rennlauf, 14. Rennlauf, 15. Rennlauf, 16. Rennlauf, 17. Rennlauf, 18. Rennlauf, 19. Rennlauf, 20. Rennlauf, 21. Rennlauf, 22. Rennlauf, 23. Rennlauf, 24. Rennlauf, 25. Rennlauf, 26. Rennlauf, 27. Rennlauf, 28. Rennlauf, 29. Rennlauf, 30. Rennlauf, 31. Rennlauf, 32. Rennlauf, 33. Rennlauf, 34. Rennlauf, 35. Rennlauf, 36. Rennlauf, 37. Rennlauf, 38. Rennlauf, 39. Rennlauf, 40. Rennlauf, 41. Rennlauf, 42. Rennlauf, 43. Rennlauf, 44. Rennlauf, 45. Rennlauf, 46. Rennlauf, 47. Rennlauf, 4